



## Die 7-Tage-Regelung muss weg

Immer mal wieder malen Pessimisten den Tod etablierter Medien an die Wand - Zeitungen, aber auch das Fernsehen seien in Zeiten des Internet aussterbende Dinosaurier. Dass dies ein Trugschluss ist, zeigt nun die aktuelle Onlinestudie von ARD und ZDF. Der Abruf von Fernsehsendungen aus dem Netz steigt an: Fast ein Drittel der Onliner schaut gelegentlich zeitversetzt und 23 Prozent live TV-Sendungen über das Internet. 13 Prozent der Zuschauerinnen und Zuschauer nutzen neben dem Fernsehgerät gelegentlich auch Smartphones, Tablet-PCs oder Laptops, um sich TV-Sendungen anzusehen. Zudem steigt parallel zur Internetnutzung die Zeit, die jeder Erwachsene durchschnittlich TV und Radio nutzt.

Die öffentlich-rechtlichen Sender sind mit der Strategie, ihre Angebote auch in den neuen Medien für die Nutzerinnen und Nutzer zugänglich zu machen, bisher gut gefahren. Dieser Weg muss konsequent weiter gegangen werden und es ist an der Politik, den öffentlich-rechtlichen Anstalten dabei keine Steine in den Weg zu legen. Die Beschränkung, Angebote nur für sieben Tage ins Netz stellen zu dürfen, ist unsinnig und ein falsches Signal. Deshalb ist es zu begrüßen, wenn die nordrhein-westfälische Landesregierung sich dafür einsetzen will, diese Regelung abzuschaffen. Denn die hilft weder den privat-kommerziellen Medien noch ist sie nutzerfreundlich. Eine zeitliche Befristung für bestimmte Inhalte im Netz ist anachronistisch und sollte möglichst schnell beseitigt werden. Der DGB hatte sich von Beginn an dafür ausgesprochen, den Sendern im Rundfunkänderungsstaatsvertrag keine Beschränkung in dieser Frage aufzuerlegen. Eine Korrektur ist dringend notwendig: Die Sieben-Tage-Regelung muss weg.

Michael Sommer

### Themen:

vzbz mahnt facebook ab	2
DJV: Leser ernst nehmen	3
Verteuerung von Digital-TV	3
Aserbaidshan macht PR	4
TV: Lautstärke angepasst	5
Online-Studie 2012	6
ZDF: Autoren-Vergütung	7
RP und Saarbrücker Verlag	8
ver.di zu Filmförderung	9
Kein Flächen-Tarif mehr für Filmtechnik	10
TV und Zeitungen weiter wichtig für Meinungsbildung	11
Lesetipps	12
Veranstaltungen	13
Impressum	14



## vzbv mahnt Facebook ab

Ohne Ankündigung führte Facebook im Sommer ein App-Zentrum ein, das die Apps von Fremdanbietern nach Kategorien sortiert anzeigt. Das soziale Netzwerk gibt persönliche Daten der Nutzer an die App-Anbieter weiter, ohne dass die Nutzer ihre Einwilligung dazu gegeben haben. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) hat Facebook Ende August abgemahnt und fordert damit das Unternehmen wiederholt auf, sich an geltendes Recht zu halten. Bis zum 4. September 2012 hat Facebook Zeit, die geforderte Unterlassungserklärung abzugeben. Die Abmahnung erfolgt im Rahmen des vzbv-Projekts Verbraucherrechte in der digitalen Welt, das vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) finanziell gefördert wird. Die Forderung: Facebook muss das App-Zentrum so gestalten, dass der Nutzer weiß, dass er seine Daten freigibt und wofür diese verwendet werden. Die Praxis des Unternehmens, eine Einwilligung – auch bei anderen Diensten – einfach zu unterstellen, muss ein Ende haben, so der vzbv.

Bei Facebook gibt es die Möglichkeit, Apps zu nutzen. Häufig sind das Spiele, Umfragen oder Quiz, die von Drittanbietern für das soziale Netzwerk zur Verfügung gestellt werden. Mit der Einführung des App-Zentrums im Juli 2012 verschlechtert Facebook den Datenschutz, anstatt ihn zu verbessern, so der vzbv. Die Nutzer und Nutzerinnen erhalten vor der Installation einer App weder einen vollständigen Hinweis, wozu die weitergegebenen Daten verwendet werden. Noch wird sichergestellt, dass der Nutzer in die Datenweitergabe und -nutzung einwilligt. Stattdessen wird durch den Klick auf den Button „Spiel spielen“ oder „An Handy schicken“ die Einwilligung einfach unterstellt. Lediglich unterhalb des Buttons befindet sich in kleiner hellgrauer Schrift eine augenscheinlich nicht abschließende Auflistung der Nutzungszwecke durch den App-Anbieter. So räumen sich die Drittanbieter zum Beispiel das Recht ein, auf den Chat, die Informationen der Freunde und die persönliche Kontaktdaten zuzugreifen sowie auf die Pinnwand des Nutzers schreiben zu können. Eine solche umfassende Datenweitergabe an Dritte, aber auch deren Verwendung, ist nach deutschem Recht ohne die bewusste und informierte Einwilligung eines Nutzers nicht erlaubt – nach Auffassung des vzbv ein klarer Verstoß gegen das Telemediengesetz. Möchte der Nutzer sich und seine Kontakte vor der unerwünschten Datenweitergabe schützen, sollte er über die Privatsphäre-Einstellungen die Voreinstellungen ändern oder Anwendungen und Apps deaktivieren.

Mehr Infos:

[www.surfer-haben-rechte.de](http://www.surfer-haben-rechte.de)

### **DJV: Leserbeiträge ernstnehmen**

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) hat die Verlage aufgefordert, Leserkommentare ernst zu nehmen. „Sie sind Teil der demokratischen Debattenkultur,“ sagte DJV-Bundesvorsitzender Michael Konken Ende August. Die Redaktion von Leserbriefen und die Moderation von Kommentaren und Blogbeiträgen in Medien müsse die Aufgabe von erfahrenen Journalistinnen und Journalisten sein. Es sei unverantwortlich, wenn Verlage aus Kostengründen ungelernete Hilfskräfte die Online-Kommentare moderieren ließen. „Wie im gesamten Journalismus gilt auch hier: Qualität geht vor billig.“ Wie mit den Zuschriften umgegangen werden könne über das Verhältnis der Autoren zu ihren Medien entscheiden. „Wenn Medien aus Personalmangel die Kommentare stiefmütterlich behandeln, suchen sich die User auf Dauer andere Plattformen zur Kommunikation“, warnte Konken. Der DJV-Vorsitzende ging damit auf die von dem Informationsportal netzpolitik.org gestartete Diskussion über die digitale Kommentarflut ein. „Je mehr kommentiert wird, desto größer ist der Bedarf an Diskussion. Sie sollte von den Medien aktiv gestaltet werden.“ Dazu gehöre selbstverständlich auch das Recht von Redaktionen und Forenbetreibern, in Einzelfällen Kommentare zu löschen, die zu strafbaren Handlungen aufrufen oder Personen beleidigen.

### **Künstliche Verteuerung von Digital-TV stoppen**

Gegen die Verteuerung des Digitalempfangs freier privater TV-Programme zu Lasten der Kundinnen und Kunden haben sich Mieterbund, Wohnungsunternehmen und der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) gewandt. Sie forderten Mitte Juli Sender und Kabelnetzbetreiber auf, die Grundverschlüsselung als Hindernis für den Umstieg weiterer Verbraucher auf den digitalen Kabelempfang abzuschaffen. Diese Position unterstützen auch die Landesmedienanstalten. Teurer werden private Fernsehprogramme für Kunden beim Umstieg von analogen auf digitalen Empfang, weil die großen privaten Sender über einzelne Kabelnetzbetreiber und die sogenannte Grundverschlüsselung zulangen, kritisieren die Verbände: Verbraucher müssen nicht nur einen extra Empfänger zur Entschlüsselung der betreffenden Programme nutzen, sondern zahlen zusätzlich an den Netzbetreiber.

Deshalb fordern der Deutsche Mieterbund (DMB), der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen und der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) schon seit längerem, auf die Verschlüsselung frei empfangbarer privater TV-Programme zu verzichten, die sich bereits aus der Werbung finanzieren. Nun hat sich auch die Kommission für Zulassung und Aufsicht der Medienanstalten (ZAK) der Landesmedienanstalten kürzlich im Interesse einer schnelleren Digitalisierung der kabelgebundenen

Rundfunkversorgung dafür ausgesprochen, die Grundverschlüsselung aufzugeben. Die zusätzlichen Kosten für die Entschlüsselung sind für die Kabelkunden oft schwer zu erkennen, weil sie zum Teil im Preis der üblichen Digitalpakete verpackt sind. Darüber hinaus lässt die technische Realisierung einen Netzbetreiber und Programmanbieter auf Kundendaten zugreifen, die auch zu Werbezwecken missbraucht werden könnten. Nicht zuletzt stellen die Zusatzkosten für die Entschlüsselung privater werbefinanzierter TV-Programme ein wesentliches Hindernis auf dem Weg zu einem tatsächlich verbraucherfreundlichen Digitalumstieg im Kabel dar, so die Verbände.



## ROG: Aserbaidsschan macht auch PR in Deutschland

Nach dem Eurovision Song Contest (ESC) in Baku ist die internationale Aufmerksamkeit für Aserbaidsschan deutlich abgekühlt und das Regime geht wie gewohnt rigoros gegen kritische Journalisten vor. Das berichtet Reporter ohne Grenzen (ROG) in einer aktuellen Meldung. Während Reporter unter fingierten Anschuldigungen verhaftet, Gerichtsprozesse verschleppt und Gesetze verschärft werden, investiert die Regierung im Ausland hohe Summen, um das Bild eines modernen, offenen Landes zu vermitteln. In Deutschland, wo die Medien vor dem ESC ausführlich über Verletzungen der Pressefreiheit in Aserbaidsschan berichtet hatten, bemüht sich das Regime intensiv darum, sein Image aufzubessern – unter anderem mit Hilfe der Berliner PR-Agentur Consultum Communications. Dass der Beiratsvorsitzende dieser PR-Agentur, der ehemalige ZDF-Intendant Dieter Stolte, gleichzeitig als Beiratsmitglied der Nachrichtenagentur dapd deren redaktionelle Unabhängigkeit garantieren soll, habe ROG mit Verwunderung zur Kenntnis genommen. Auch eine Anzeige im Nachrichtenmagazin Der Spiegel, die auf zwei Seiten den „kraftvollen Modernisierer“ Aserbaidsschan pries, sorgte kürzlich für Irritationen. Der Spiegel, der zuvor mehrfach über Menschenrechtsverletzungen in Baku berichtet hatte, erhielt dafür Medienberichten zufolge rund 110.000 Euro. ROG fordert von deutschen und internationalen Politikern, auf der Einhaltung internationaler Menschenrechtsverträge zu bestehen und diese zur Bedingung für politische Zusammenarbeit mit Aserbaidsschan zu machen. Themen wie Menschenrechte und Pressefreiheit dürften wirtschaftlichen Interessen nicht untergeordnet werden. Journalisten müssten Verflechtungen zwischen Politik, PR-Agenturen und Lobbyisten aufdecken und dürften sich in der Berichterstattung nicht politischem Druck beugen, so die Organisation. Wie groß der Einfluss internationaler Partner auf die aserbaidsschanische Regierung ist, zeigte die

Mehr Infos:  
[pressefreiheit-fuer-baku.de](http://pressefreiheit-fuer-baku.de)

symbolträchtige Freilassung des Bloggers Bachtijar Hajijew zwei Tage vor dem Besuch der US-amerikanischen Außenministerin Hillary Clinton am 6. Juni. Er saß 15 Monate lang im Gefängnis, nachdem er in sozialen Netzwerken zum Protest gegen das Regime aufgerufen hatte.

Wie wenig die aserbaidische Regierung Presse- und Meinungsfreiheit achtet, macht sie immer wieder unverhohlen deutlich. Nur fünf Tage nach dem ESC, am 31. Mai, rief Präsidentenberater Ali Hasanow zum „öffentlichen Hass“ gegen all jene auf, die internationale Berichtersterter auf Menschenrechtsverletzungen hingewiesen hatten. Präsident Ilham Alijew bezeichnete die Aktivisten bei einer Regierungssitzung am 11. Juli als „Verräter der Nation“. Seit Mitte Juni schränken neue Gesetze die Pressefreiheit in Aserbaidschan stark ein. Sie erlauben es aserbaidischen Firmen, Informationen über Besitzer und Aktionäre geheim zu halten und garantieren dem Präsidenten und seiner Frau gleichzeitig lebenslange Immunität vor Strafverfolgung. Die Gesetzesänderungen folgten auf mehrere Artikel der investigativen Journalistin Khadija Ismayilova, die über lukrative Auslandsgeschäfte der Präsidentenfamilie und Korruption in der Staatsspitze berichtet hatte. Ismayilova wurde im Frühjahr mit einer beispiellosen Schmutzkampagne überzogen und versucht seither in einer Reihe von Gerichtsprozessen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen – bisher vergeblich. Vom 17. bis zum 19. September lädt das *International Press Institute*, ein Zusammenschluss leitender Redakteure weltweit, zur Konferenz „Öl, Gas und Medien“ nach Baku ein. Zu den Referenten gehören unter anderem der aserbaidische Energieminister und der Chef der staatlichen Ölfirma Socar, nicht jedoch kritische Journalisten aus Aserbaidschan. ROG ruft zu einer ausgewogenen Programmgestaltung bei solchen Veranstaltungen auf. Den aserbaidischen Präsidenten Ilham Alijew, der das Grußwort zur Konferenz spricht, zählt ROG zu den größten Feinden der Pressefreiheit weltweit.

## Fernsehsender gleichen Programmlautstärke an

Ab Ende August senden die öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsender ihre Programme mit einheitlicher Lautstärke. Sprünge in der Lautstärke beim Umschalten zwischen den Sendern sowie zwischen den Programmbeiträgen innerhalb eines Senders sollen dadurch deutlich verringert werden. Dies gilt grundsätzlich für alle Programmbeiträge, also auch für Werbung und Trailer. Die bewusst dramaturgisch eingesetzte Klangdynamik innerhalb eines Sendebeitrags

oder eines Werbespots bleibt als elementares Gestaltungsmerkmal davon allerdings unberührt, d. h., einzelne Momente oder Passagen unterschiedlicher Lautstärke wird es auch weiterhin geben. Die öffentlich-rechtlichen Fernsehprogrammanbieter in Deutschland, die privaten Free- und Pay-TV-Anbieter sowie alle ihre Marktpartner - Vermarkter, Agenturen und werbende Unternehmen - haben seit Anfang des Jahres die erforderlichen Vorbereitungen getroffen, um ihre Programme lauthheitsnormiert ausstrahlen zu können.

Der Vorsitzende der Produktions- und Technik-Kommission ARD/ZDF (PTKO), Heinz-Joachim Weber (WDR), betont die gute Abstimmung zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Programmanbietern: „Durch den technischen Fortschritt haben wir nun die Möglichkeit, lauthheitsnormiert zu produzieren und die Lautheit unserer Programme zu harmonisieren. Ich verspreche mir davon, ein seit vielen Jahren bekanntes Ärgernis im Sinne unserer Zuschauer zu lösen oder zumindest zu verbessern.“ ZDF-Produktionsdirektor Dr. Andreas Berezcky: „Programmübergänge werden sowohl senderintern als auch senderübergreifend harmonischer. Wir sind davon überzeugt, dass sich auf Basis der vereinbarten Lautheits-Richtlinie auch neue Gestaltungsspielräume beim Fernsehen entwickeln werden.“ Sebastian Artymiak, Leiter Medientechnologie des VPRT meinte: „Für die TV-Sender war die Anpassung mit einem erheblichen organisatorischen, technischen und finanziellen Aufwand verbunden.“ Ausgangspunkt der gemeinsame Vorgehensweise ist eine internationale Empfehlung der EBU (European Broadcasting Union) zur Lautheitsmessung und -Aussteuerung.

## **Onlinestudie 2012: Internetnutzung steigt weiter**

76 Prozent Internetnutzer in Deutschland, neue Nutzungssituationen durch mobile Endgeräte und steigende Nachfrage nach Fernsehinhalten im Netz – das sind die zentralen Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2012 zur aktuellen Internetentwicklung in Deutschland. Der Intendant des Hessischen Rundfunks und Vorsitzende der ARD/ZDF-Medienkommission Helmut Reitze verweist auf die hohe Attraktivität der ARD-Mediatheken im Netz: „Die neuen internetfähigen Endgeräte schaffen neue Nutzungssituationen, in denen die aus der Offline-Welt bekannten großen Informationsmarken besonders gefragt sind. Es freut mich sehr, dass die Angebote der ARD, die seit Jahrzehnten für Informationskompetenz, Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit stehen, auch bei der Navigation auf den neuen Endgeräten zentrale Orientierungsmarken sind.“ ZDF-Intendant Thomas Bellut, stellvertretender Vorsitzender der ARD/ZDF-Medienkommission: „Tablets und Smartphones haben für eine deutliche Zunahme bei der zeitversetzten Nutzung von Fernsehsendungen gesorgt. Dies

Mehr Informationen unter:  
[www.ard-zdf-onlinestudie.de](http://www.ard-zdf-onlinestudie.de)

bestätigt unsere Anstrengungen bei der konsequenten Weiterentwicklung der ZDF-Mediathek, die signifikante Reichweitzuwächse verzeichnet.“ 75,9 Prozent der Deutschen (2011: 73,3%) sind online. Dies sind 53,4 Millionen Internetnutzer. Damit hat sich die Zahl der Internetnutzer in den letzten 12 Jahren nahezu verdreifacht hat (2000: 18,4 Mio.). Gegenüber dem Vorjahr kamen 1,7 Mio. „neue Anwender“ hinzu“. Die höchsten Zuwachsraten gehen weiterhin von den Über-50-Jährigen aus. 76,8 Prozent der 50- bis 59-Jährigen nutzen inzwischen das Internet (2011: 69,1%). Unter den über 60-Jährigen sind 39,2 Prozent (2011: 34,5%) online.

Die mobile Internetnutzung hat sich in den letzten drei Jahren mehr als verdoppelt (2009: 11%; 2012: 23%). Dabei ersetzen mobile Endgeräte wie Tablets und Smartphones nicht den stationären Zugang, sondern sie schaffen neue Nutzungssituationen. Bereits 13 Prozent der Fernsehzuschauer nutzen gelegentlich neben dem Fernsehen den „Second Screen“ des Smartphones, des Tablet oder des Laptops. Während Smartphones besonders beliebt bei den Unter-30-Jährigen sind, sind Tablets, die inzwischen in acht Prozent der deutschen Haushalte vorhanden sind, die Domäne der 30- bis 49-Jährigen. Tablet-Nutzer bewegen sich anders im Netz als Smartphone-Nutzer. Bei Smartphone-Nutzern steht die Kommunikation über soziale Netzwerke, bei Tablet-Nutzern der Abruf von Websites und die E-Mail-Kommunikation im Vordergrund. 15 Prozent aller Onliner besitzen inzwischen ein internetfähiges Fernsehgerät. Durch die neuen mobilen und stationären Endgeräte steigt der Abruf von Fernsehsendungen aus dem Netz weiter an: 30 Prozent der Onlinenutzer schauen zumindest gelegentlich im Netz zeitversetzt fern und 23 Prozent live. Beim zeitversetzten Fernsehen spielt der Smart-TV die dominierende Rolle, bei Live-Fernsehen der Tablet-PC. Im Schnitt verbringt jeder Erwachsene in Deutschland 83 Minuten im Netz. Parallel zur höheren Internetnutzung stieg in den letzten Jahren die Fernseh- und Radionutzung auf 242 Minuten bzw. 191 Minuten pro Tag.



## ZDF: Flexibles Vergütungssystem für Autoren

Das ZDF und die Allianz Deutscher Produzenten haben Anfang August mit dem Verband Deutscher Drehbuchautoren Eckpunkte für Verträge zwischen Auftragsproduzenten und Autoren vereinbart. Die bisherigen Vertragsstrukturen wurden dabei für künftige Verträge den veränderten Nutzungsbedingungen in der digitalen Welt angepasst: Damit stehe ein flexibles Vergütungssystem zur

angemessenen Vergütung der Rechte des Autors zur Verfügung, teilte der Sender mit. In sogenannten Korbmodellen können dabei die Rechte der Autorinnen und Autoren für die Nutzung in den ZDF-Programmen und -Onlineangeboten über einen bestimmten Zeitraum abgegolten werden. Daneben steht das bisherige Modell für Wiederholungshonorare zur Verfügung, bei dem allerdings im Hinblick auf das veränderte diversifizierte Nutzungsverhalten des Zuschauers die Sätze angepasst worden sind. In allen Modellen wird die kommerzielle Verwertung auf einer Erlösbeteiligung zusätzlich vergütet. ZDF Intendant Dr. Thomas Bellut: „Mit der Vereinbarung setzen wir ein Zeichen für angemessene Vergütungsbedingungen. Wir stehen zu einem partnerschaftlichen Umgang mit Produzenten und Autoren. Die Vereinbarung ist zukunftsweisend, da sie den neuen Realitäten im digitalen Medienzeitalter Rechnung trägt.“

Mit der Vereinbarung wird der urhebergesetzlich abgesicherte Anspruch der Autorinnen und Autoren auf angemessene Vergütung für die Nutzung ihrer Werke abgesichert. Die Länder hatten im 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag (RfÄStV) festgelegt, dass zwischen Rundfunkanstalten und Urheberverbänden Eckpunkte fairer und angemessener Vertragsbedingungen vereinbart werden sollen. Neben der Terms-of-Trade-Vereinbarung des ZDF mit der Allianz Deutscher Produzenten stellt diese Vereinbarung einen weiteren wichtigen Meilenstein für angemessene Vertragsbedingungen mit Rechteinhabern dar. Alexander Thies, Vorstandsvorsitzender der Produzentenallianz: „Die Produzenten begrüßen es, dass in einem für uns sehr wichtigen Marktsegment klare Verhältnisse für unsere Zusammenarbeit mit zwei unserer wichtigsten Partner in der deutschen Auftragsproduktion geschaffen werden.“ Das ZDF und die Allianz Deutscher Produzenten erneuerten gleichzeitig ihr Angebot an den Bundesverband Regie (BVR) zur Verhandlung entsprechender Rahmenvereinbarungen



### **ver.di: Redaktionelle Eigenständigkeit im Saarland erhalten**

Nachdem die Übernahme des Saarbrücker Zeitungskonzerns durch die Rheinische Post konkrete Züge annimmt, hat der stellvertretende Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Frank Werneke, die herausragende Bedeutung der Eigenständigkeit von Redaktionen und Verlagen betont. „Der wirtschaftliche Erfolg des Konzerns Saarbrücker Zeitung rührt von dieser Eigenständigkeit her und darf vom neuen Gesellschafter nicht angetastet werden. Rechtzeitig sollte daher auch der Ausbau von Redaktionsstatuten dazu



genutzt werden, in einem größeren Zeitungskonzern regionale Unabhängigkeiten zu sichern“, forderte Werneke Mitte August. Auch für die Beschäftigten in den verschiedenen Zeitungstiteln, wie etwa der Lausitzer Rundschau, dem Trierischen Volksfreund, dem Pfälzischen Merkur und der Saarbrücker Zeitung sei es von größter Bedeutung die redaktionelle Eigenständigkeit zu erhalten. Auch unter Führung der Rheinischen Post werde ver.di den Erhalt und den Ausbau der grundlegenden Tarifrechte und darüber hinaus gehender berechtigter Arbeitnehmerinteressen vertreten, kündigte Werneke an. So sei bereits für die Saarbrücker Zeitung, den Trierischen Volksfreund und den Pfälzischen Merkur nach deren Tarifflicht in 2011 ein Haustarifvertrag geschlossen worden, der Ausgliederungen von Redaktionsteilen und Verlagsabteilungen und den Einsatz von konzerninternen Leiharbeitsgesellschaften unterbindet.

Die Rheinische Post werde durch den Kauf zu einer noch bedeutenderen Mediengruppe unter den Top Ten der deutschen Zeitungskonzerne. Die Düsseldorfer waren bereits jetzt schon an der Aachener Zeitungsgruppe beteiligt: „Damit setzt sich der Trend zur Medienkonzentration auf dem Markt der Lokal- und Regionalzeitungen fort“, stellte Werneke fest. Zuletzt waren große Gesellschafteranteile von der Verlagsgruppe Holtzbrinck an die bisher schon an der Saarbrücker Zeitung beteiligte Gesellschaft für staatsbürgerliche Bildung Saar (GSB) übergegangen. Außerdem gehört zum Gesellschafterkreis des Zeitungskonzerns noch die Beteiligungsgesellschaft von Mitarbeitern mit rund 15 Prozent.



## **Ver.di: Interessen der Filmschaffenden berücksichtigen**

„Bei der gesetzlichen Ausgestaltung der Filmförderung müssen endlich die Interessen der Filmschaffenden stärker berücksichtigt werden“, forderte Frank Werneke, stellvertretender Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), anlässlich des Endes der Anhörungsfrist für die Novelle des Filmförderungsgesetzes (FFG) Ende Juli. Der vom Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM), Bernd Neumann, vorgelegte Referentenentwurf beschneide verschiedene Förderbereiche und vernachlässige überfällige Verbesserungen für die Filmschaffenden. Das FFG regelt die finanzielle Unterstützung verschiedener Arten von Filmproduktionen und filmwirtschaftlichen Bereichen. Die Filmförderung dürfe nicht nur der Filmwirtschaft dienen, sondern müsse sich endlich auch den Belangen der Beschäftigten verpflichtet fühlen. „Es ist vollkommen unverständlich, dass der

vorliegende Gesetzentwurf noch immer die Frage ignoriert, ob eine geförderte Filmproduktion die branchenüblichen und tarifvertraglichen Sozialstandards einhält“, stellte Werneke fest. „Dieses Vorgehen ist unfair gegenüber den Filmschaffenden und wettbewerbsverzerrend für alle jene Produktionsfirmen, die tarifgebunden arbeiten.“ Das FFG drifte mehr und mehr zu einer reinen Finanzförderung ab, auch weil die notwendigen Honorierung von Urheberinnen und Urhebern erfolgreicher Filme nicht berücksichtigt werde und die Weiterbildungsförderung gestrichen sei. Hier sei eine Kurskorrektur nötig, um die Filmschaffenden und ihre Leistungen wieder in den Blick der Förderung zu bringen.

### **Aus für Flächentarifvertrag in der Filmtechnik**

Die Tarifverhandlungen für Filmtechnische Betriebe zwischen dem Verband technischer Betriebe für Film und Fernsehen (VTFF) und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) sind endgültig gescheitert. Auch in der sechsten Verhandlungsrunde konnte zwischen dem VTFF als Arbeitgeberverband und ver.di kein Tarifergebnis erzielt werden. Ein erneuter Flächentarifabschluss, der einheitlich für die Bavaria-Betriebe, Studio Babelsberg, die CinePostproduction-Betriebe und damit knapp 1.000 Beschäftigte gelten sollte, konnte nicht vereinbart werden. In der sechsten Verhandlungsrunde war ver.di nach eigener Auskunft bereit, die ursprüngliche Forderung von fünf Prozent sogar auf zwei Jahre zu strecken, um so den Flächentarifabschluss doch noch zu ermöglichen. Doch der VTFF war zuletzt nur zu einem Abschluss bereit, der Tarifierhöhungen erst nach acht Nullmonaten und dann von je 2,2 Prozent ab September 2012 und ab Juli 2013 mit der Bedingung einer Laufzeit von 30 Monaten vorsah. Sowohl in der Gesamterhöhung, den Zeitpunkten der Erhöhungen und der Laufzeit von zweieinhalb Jahren war der VTFF-Vorschlag für die ver.di-Verhandlungskommission so nicht akzeptabel und im Volumen auch nur wenig verbessert gegenüber dem allerersten VTFF-Angebot von zwei Prozent für zwei Jahre. ver.di hat darauf das endgültige Scheitern der Tarifverhandlungen erklärt und angekündigt, nun die verschiedenen Unternehmen im VTFF zu Haustarifverhandlungen aufzufordern.

„Das Scheitern der monatelangen Verhandlungen mit dem VTFF ist bedauerlich, weil eine jahrzehntelange Tarifpartnerschaft zerbricht. Es ist aber auch zwangsläufig, wenn wir für unsere Kolleginnen und Kollegen die nötigen Tarifierhöhungen im Flächentarif nicht erreichen können. Die Entscheidung fiel uns nicht leicht, aber die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Mobilisierungsbereitschaft für ein Tarifergebnis in der Fläche waren zu unterschiedlich. Das führt uns nun zwangsläufig zu unterschiedlichen Lösungswegen in den anstehenden Haustarifverhandlungen“, erklärte ver.di-Tarifsekretär Matthias von Fintel.

## TV und Zeitungen weiter wichtig für Meinungsbildung

Das Fernsehen ist nach wie vor die wichtigste Quelle für die politische Meinungsbildung, so das Ergebnis einer Studie des Hans-Bredow-Instituts. Die Studie „Informationsrepertoires der Deutschen“ basiert auf einer bundesweiten repräsentativen Befragung von gut 1000 Personen ab 14 Jahren. Sie untersuchte, welche Angebote aus der Sicht der Bevölkerung für ihr eigenes Informationsverhalten am wichtigsten sind. Auch in den heutigen digitalen Medienumgebungen spielen, nach Aussage von HBI-Direktor Uwe Hasebrink, die etablierten Medien Fernsehen und Zeitung eine wichtige Rolle. „Das Internet ist aber mittlerweile zu einem wesentlichen Faktor auch für die politische Meinungsbildung geworden. Auffällig ist vor allem, dass mit Google und Facebook auch solche Angebote dazu gehören, die selbst keine politischen Inhalte anbieten. Diskussionen um Medienvielfalt und den Einfluss von Medien auf die Meinungsbildung müssen daher einen medienübergreifenden Ansatz verfolgen“, meint der Medienforscher.

Mehr Informationen unter:  
<http://tinyurl.com/8g7qpg7>

Für die politische Meinungsbildung sowie für Informationen über das Weltgeschehen und über Deutschland ist das Fernsehen mit jeweils mehr als 40 Prozent der Nennungen das wichtigste Medium. Die Zeitungen liegen jeweils mit rund 20 Prozent der Nennungen auf dem zweiten Platz, es folgen das Radio und das Internet. Für Informationen über die Region ist hingegen für 40 Prozent der Befragten die Zeitung die wichtigste Quelle. Bei den 14- bis 29-Jährigen ist die Bedeutung des Internets deutlich größer; aber auch bei ihnen ist das Fernsehen für die politische Meinungsbildung und die Zeitung für Informationen über die Region das meistgenannte Medium. In allen Altersgruppen wird die „Tagesschau“ am häufigsten als wichtigstes Einzelangebot für die politische Meinungsbildung genannt; in der Gesamtbevölkerung folgen dann Google und BILD. Bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen stehen neben der „Tagesschau“ Online-Angebote – an sechster Stelle wird Facebook genannt – sowie private Nachrichtenkanäle und BILD im Vordergrund.

Die Studie wurde im Rahmen des Vorhabens „Erfassung und Darstellung der Medien- und Meinungsvielfalt in Deutschland“ des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) durchgeführt. Ein ausführlicher Projektbericht ist auf der Website des Hans-Bredow-Instituts abrufbar. Die Studie basiert auf einer telefonischen Befragung, die Enigma GfK zwischen dem 19. Mai und 3. Juli 2011 im Auftrag des Hans-Bredow-Instituts durchgeführt hat. Insgesamt wurden 1.007 Personen befragt. Die Stichprobe ist repräsentativ für deutschsprachige Personen im Alter ab 14 Jahren aus Haushalten mit Telefonfestnetzanschluss in Deutschland.

## Lesetipps

### **Grenzenlos vernetzt? - Gewerkschaftliche Positionen zur Netzpolitik**

Alle wichtigen Themen wie Meinungsfreiheit, Medienentwicklung, Breitband bis hin zu Urheberrechtsfragen werden in dieser Publikation des VSA-Verlag – erschienen im August 2012 – beleuchtet. Der Kampf um die Ausgestaltung des Internets ist auch ein Thema für Gewerkschaften. Mit dem Band legt ver.di Beiträge zur Debatte über die Netzpolitik vor die von der Mitbestimmung bis hin zum Ausbau der Netze reichen.

Mehr Informationen unter:  
<http://tinyurl.com/9klm7ec>

### **APuZ: Qualitätsjournalismus**

Freie und unabhängige Medien sind für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft unerlässlich. Sie informieren, erklären, ordnen ein, bieten verschiedene Meinungen, aktivieren, kurz: Sie helfen, demokratische Öffentlichkeit herzustellen. Zudem haben sie eine wichtige Kontrollfunktion gegenüber den Mächtigen. Seit über einem Jahrzehnt befindet sich die Medienwelt im Umbruch. Lange Zeit gültige Gewissheiten werden durch das Internet grundlegend infrage gestellt. Zum einen betrifft das die Geschäfts- und Vertriebsmodelle, zum anderen ist die Abgrenzung zwischen Sendern und Empfängern aufgeweicht: Jeder kann heute ein potenziell großes Zielpublikum ansprechen, ohne dass dabei ein Verlag oder eine Redaktion bemüht werden muss. Was bedeutet das für den Journalismus? Das Juli Heft der Zeitschrift Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ) widmet sich dem Thema Qualitätsjournalismus aus vielen Perspektiven.

Mehr Informationen unter:  
<http://tinyurl.com/6s26wov>

## Veranstaltungen

### **Überfordert in der Komplexitäts-Falle- Haben die Medien in der Euro-Krise versagt?**

MainzerMedienDisput in Berlin

18. September 2012, 19.00 Uhr

Landesvertretung Rheinland-Pfalz beim Bund  
In den Ministergärten 6  
10117 Berlin

Mehr Informationen unter:  
[www.mediendisput.de](http://www.mediendisput.de)

Die Vorwürfe an die Medien in der Euro-Krise klingen fundamental: simple Vorurteile nachbeten, fehlender Sachverstand, aufreizende Propagandafloskeln, garniert mit berufsmäßiger Aufgeblasenheit im Schutz der Meute. Stimmt diese Generalabrechnung – oder hat sich die Europa-Berichterstattung – vom Krisen-Zyklus getrieben, verbessert, vertieft und im besten Sinne normalisiert? Kann Europa zusammenwachsen, wenn es (noch) keine eigene „Europäische Öffentlichkeit“ gibt? Oder gelten für Journalisten die gleichen Ohnmachtsgefühle, Wissenslücken und Überforderungen im institutionellen Europa-Dschungel wie für Politiker? Daran schließt sich die Zukunfts-Frage an, wie eine publikumsnahe und aufklärende europäische Öffentlichkeit künftig aussehen könnte? Über diese und andere Fragen rund um die Chancen einer europäischen Öffentlichkeit, wollen wir während des MainzerMedienDisputs in Berlin streiten. Und mit dem Publikum nach konstruktiven Lösungen auf dem Weg zu mehr demokratischer Öffentlichkeit im „Raumschiff Brüssel“ suchen.

### **Informationskompetenz online. Zwischen Souveränität und Kontrollverlust?“**

Landesanstalt für Medien NRW (LfM)  
24. September 2012

Berliner Allee 33  
40212 Düsseldorf

Der kompetente Umgang mit Informationen ist für einzelne Nutzerinnen und Nutzer und ihren Suchalltag ebenso wie für demokratische Meinungsbildungs-Prozesse in Gesellschaften relevant. Was müssen wir wissen, um informationskompetent zu sein? Wie kann der oder die Einzelne zielgerichtet Informationen im Internet suchen und sich gleichzeitig vor Datenmissbrauch und Manipulation schützen? Wie gehen unterschiedliche Akteure mit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung um?

### **Fiktion contra Fakten? Programmqualität in der fiktionalen Unterhaltung**

Medienpolitischer Workshop für Gremienvertreterinnen und -vertreter aus Gewerkschaften, Kirchen und Verbraucherverbänden

16. Oktober 2012, 10.00 bis 17.00 Uhr

Mehr Infos und Anmeldung unter:  
<http://tinyurl.com/9fd78qr>

Infos und Anmeldung unter  
[stephan.kolbe@verdi.de](mailto:stephan.kolbe@verdi.de)

WDR  
Kleiner Sendesaal im Funkhaus Wallrafplatz  
50600 Köln

Ziel des Workshops ist es nicht nur, Gremienmitglieder zu diesem Thema argumentationsfähig zu machen, sondern auch Strategien zu diskutieren, dieses Genre für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk weiterzuentwickeln. Darüber hinaus soll über aktuelle medienpolitische Debatten informiert und Gelegenheit für Austausch und Gespräche geboten werden.

### **Neue Medien, neue Herausforderungen Der Journalismus in einer sich verändernden Medienlandschaft**

Medienpolitische Tagung von Ver.di

19. bis 21. Oktober 2012

Institut für Bildung Medien und Kunst  
Teutoburger-Wald-Str. 105  
32791 Lage-Hörste

Als »vierte Gewalt« im Staat soll der Journalismus unserer Demokratie dienen und sie sichern. Die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten ist dabei von höchstem gesellschaftlichem Wert. Doch Theorie und Praxis fallen immer weiter auseinander. Der zunehmende ökonomische Druck in allen Mediengattungen und das Auftreten neuer Medienplayer führen zu spürbaren Veränderungen für das journalistische Arbeiten. Die Tagung bietet Einblicke in die aktuellen Entwicklungen und Debatten: Wer sind die neuen Medienplayer? Wie können Journalisten auch in Zukunft von ihrer Arbeit leben? Was soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Internet dürfen? Diese und andere Fragen sollen gemeinsam erörtert und beantwortet werden.

Mehr Infos und Anmeldung unter:

<http://tinyurl.com/9xukoz4>

Herausgeber:  
DGB-Bundesvorstand, Referat  
Medienpolitik, Henriette-Herz-  
Platz 2, 10178 Berlin

Redaktion:  
Dr. Sabine Nehls

Tel: 02129-959644  
[SabineNehls@aol.com](mailto:SabineNehls@aol.com)

Der medien-newsletter kann  
abonniert werden über:  
[www.dgb.de/service/newsletter](http://www.dgb.de/service/newsletter)